

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Uni-Budget erhöhen

eingebraucht im Zuge der Debatte in der 183. Sitzung des
Nationalrats über Bundesfinanzrahmengesetz 2023-2026 und
Bundesfinanzgesetz 2023, TOP 11, UG 31

Der Bundesbudget-Entwurf 2023 stellt für die Universitäten und ihre Studierenden, Lehrenden und Forschenden eine grobe Enttäuschung und Bedrohung dar. Während in anderen Bereichen des Budgets volle Inflationsabgeltungen und somit Erhöhungen in der Größenordnung von 10% gewährt werden, fällt die Erhöhung für die Universitäten in deutlich geringerem Maß aus. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, wie schlecht diese Bundesregierung mit Geld umgeht und wie zukunftsvergessen sie Budgets erstellt. Rückläufige Investitionen in tertiäre Bildung schwächen den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Österreich und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Mangelwirtschaft im Bildungsbereich, von den Kindergärten bis hin zu den Hochschulen, ist für ein Land, dessen wichtigster Schatz seine Menschen sind, ein grober Fehler.

Nach den Jahren der Corona-Pandemie und den langen Distance Learning Phasen an den Universitäten muss zumindest ohne Zweifel sichergestellt sein, dass der Lehr- und Forschungsbetrieb ohne Einschränkungen fortgeführt werden kann und die Studierenden vollumfänglich in Präsenz unter regulären Bedingungen ihrem Studium nachgehen können.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, in Nachverhandlungen über die UG31 des BFG 2023 einzutreten und eine Budgeterhöhung für die Universitäten zu gewährleisten, mit der sichergestellt ist, dass die Universitäten ihren Lehr- und Forschungsbetrieb ohne Einschränkungen fortführen können."

Künsberg
(Künsberg)

(Hofner)

(WERNER)

(HOFNER)

(MARGRETHE)

